

Adressenident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilbündstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 3. September 1932

Nummer 71

Tarif- und wirtschaftspolitische Kurpfuscherie

In den „Gewerkschaftsforderungen an den Reichstag“ haben wir in Nr. 69 nachgewiesen, daß die Zeit reif dafür wäre, der bisherigen privatkapitalistischen Ausplünderung der großen Massen des deutschen Volkes durch die „schöpferische Lebenskraft der freien Wirtschaft“ endlich einen kräftigen Niegel vorzusetzen. Statt dessen hat nun die gegen den Willen des deutschen Volkes „amtierende“ Reichsregierung ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet und am 28. August durch den Reichstänzer v. Papen mit Übertragung auf alle deutschen Rundfunkender veröffentlicht, das zunächst folgenden telegraphischen Protokoll der freien Gewerkschaften beim Reichspräsidenten zur Folge gehabt hat:

Die Erklärungen des Reichstanzlers in Münster über Absichten der Reichsregierung bedeuten tatsächliche Verletzung des versaffungsmäßig garantierten Tarifrechts, einseitige Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Gewerkschaften appellieren an Herrn Reichspräsidenten, solcher beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu verweigern und die versaffungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat darauf im Zusammenhang mit seiner inzwischen allgemein erfolgten Billigung des ihm unterbreiteten Wirtschaftsprogramms den Reichstänzer noch einmal ausdrücklich ersucht, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse gesichert und der soziale Gedanke bewahrt bleibt. Wenn nun auch anzunehmen ist, daß dieser schon in seiner Formulierung sehr bedauerliche Wunsch des Reichspräsidenten in der weiteren Gestaltung der diesbezüglichen Bestimmungen des Programms der Reichsregierung nicht ganz unbeachtet bleiben dürfte, so muß doch gesagt werden, daß der bis jetzt bekanntgewordene Inhalt des amtlichen Wirtschaftsprogramms auf eine so einseitige Begünstigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung hinausläuft, daß an eine wirkliche und ernste Gefundung der deutschen Volkswirtschaft nicht zu denken und nur mit einer weiteren Verschleppung einer gründlichen und aufbauenden Heilung zu rechnen sein wird.

Soweit die wichtigsten Grundsätze des beabsichtigten Programms der Reichsregierung bisher bekanntgeworden sind, besagen sie u. a. folgendes:

Die Unternehmer bekommen die Umsatzsteuer, die Realsteuern, die Gewerbesteuern und die Beförderungsteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 in der Form erlassen, daß sie für die in dieser Zeit fälligen und zu zahlenden Steuerbeträge in Höhe der geleisteten Zahlungen Steuerrechnungsscheine erhalten, „auf die in den Rechnungsjahren 1934/1938 alle Reichssteuern einschließlicher der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer bezahlet werden können“. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Mill. M. handeln. Diese Scheine werden mit einem Aufgeld versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Wirtschaftigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Herannahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Vorträge für den aufgestauten Erhaltungsbedarf sein. Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Mill. M. in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigten. Für jeden neu Eingestellten soll aufs Jahr gerechnet ein Betrag von 400 M. in Scheinen gegeben werden. Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte eingestellt hat, den Tariflohn in einem gewissen genau umgrenzten Umfang, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Beschäftigten oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht im

gleichen Ausmaß ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich „sogar“ noch erhöht. Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt außeracht zu lassen. Diese „Außerachtlassung“ soll in einer Umänderung der Tarifverträge in folgenden Punkten bestehen: 1. Die Tarifgebiete sollen verkleinert werden, so daß bestimmte Fragen des Arbeitsvertrags vom Tarif nicht berührt werden. 2. Die branchenmäßige Zusammenfassung wird als unzuverlässig angesehen, so daß eine Aufteilung der Tarifverträge nach einzelnen Branchen erfolgen soll und auch eine Aufteilung nach örtlichen Gesichtspunkten. 3. Die Schlichter sollen das Recht erhalten, von Fall zu Fall festzustellen, ob Betriebe vor der Stilllegung bewahrt werden können, wenn sie die Tariflöhne in einem bestimmten Zeitraum unterschreiten. Die Auflockerung der Tarife ist in der Weise gedacht, daß die Löhne bis zur 30. Arbeitsstunde der Woche in der bisherigen Höhe bestehen bleiben, während bei Neueinstellung von Arbeitskräften die Löhne zwischen der 30. und 40. Arbeitsstunde eine gewisse Ermäßigung erfahren können. Insgesamt soll im Höchstfall eine Ermäßigung von 12½ Proz. eintreten.

Es erhalten also die Unternehmer in erster Linie ein Steuererleichter in Höhe von 1500 Mill. M., in zweiter Linie für jeden mehr eingestellten Arbeiter im Jahre ein Geschenk von 400 M., in dritter Linie sollen sie den Lohn der mehr eingestellten Arbeiter in der Hauptsache von dem Lohn der bisherigen Belegschaft in Abzug bringen dürfen. Jegdewelche Verpflichtungen braucht der Unternehmer nicht eingehen. Jegdewelche Vorschriften über die Preisgestaltung bekommt er nicht. Man hätte das alles viel einfacher machen können. Man hätte die deutschen Arbeiter unmittelbar zwingen können, einen bestimmten Teil ihres Verdienstes an den Reichsausschuß der Deutschen Industrie zur Verteilung an die einzelnen deutschen Unternehmer abzuführen. Seit der Gründung des Deutschen Reichs hat es noch keine Regierung und noch kein Regierungsprogramm gegeben, das so hundertprozentig einseitig alle Vorteile den Unternehmern zugebilligt und alle Nachteile den Arbeitern auferlegt hat. Man kann mit Hilfe der Reichswehr, der Schutzpolizei und anderer Machtmittel die „Ruhe und Ordnung“ in Deutschland nach außen sichern. Aber niemand wird man mit irgendetwasen Machtmitteln erreichen können, daß die 20 Millionen deutschen Arbeiter und ihre Angehörigen, also die Mehrheit des deutschen Volkes, sich innerlich mit derartigen Maßnahmen abfinden. Die Pläne der Reichsregierung sollen 12 Monate (ein Jahr) gelten und „dem organischen Um- und Neubau unfres Staats- und Wirtschaftswesens dienen, der die eigentliche Aufgabe unfres Zeit ist“. So sagt Reichstänzer v. Papen! Wir aber warten nun einmal die entsprechender Notverordnungen ab, um dann zu diesen endgültig Stellung zu nehmen; es wird ein ganz anderer und vernünftigerer Jahresplan daraus werden müssen, wenn dabei auch jene mitbelfen sollen, auf die es in erster Linie ankommt: die Träger der menschlichen Arbeitskraft!

Im übrigen sind wir aber auch der Ansicht, daß weiterblickende Unternehmer eine solche Prämierung rückständiger Unternehmer als ernstliche Gefährdung jeder gesunden und berechtigten Rentabilität gutgeleiteter Betriebe beurteilen müßten. Das gilt nicht zuletzt für das deutsche Buchdruckgewerbe, für das wir folgende besonders zeitgemäße Beurteilung von Ursachen und Wirkungen des heutigen Wirtschaftszustandes auch für das Buchdruckgewerbe aus dem vor kurzem erschienenen Jahresbericht des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer für 1931, also aus dem Unternehmerlager selbst, der breiteren gewerblichen Öffentlichkeit nicht vorenthalten möchten:

Das deutsche Buchdruckgewerbe ist als ausgeprägtes Binnengewerbe in stärkstem Maß beeinflusst durch die innere Lage des gesamten deutschen Marktes, sowohl von der Seite der Produktion wie von der Seite des Konsumenten her. Es ist klar, daß in Zeiten aufstrebender Konjunktur, in Zeiten, in denen das Geld nicht so knapp wie heute, wo der Anreiz zur Verbesserung des Lebensstandards ebenso wie die Möglichkeit dazu breiten Schichten gegeben ist, das Buchdruckgewerbe einen ganz andern Aufgabekreis vor sich hat als unter den jetzigen Voraussetzungen. Wer vor die Wahl gestellt ist, sich ein Buch zu kaufen oder zur Erhaltung des Lebens notwendige Nahrungsmittel oder Kleidungsstücke, wird kaum schwanken können, wohin er sein Geld gibt; und aller Anreiz, durch Inserate Waren anzupreisen, schwindet naturgemäß dann, wenn keine Käuferkreise vorhanden sind. Niemand wird heute drucken lassen, der nicht unbedingt drucken lassen muß, und er wird nichts drucken lassen, was nicht unbedingt erforderlich ist. Der außerordentlichen Schwund an Aufträgen, dem die un- verändert große und in den ersten Jahren nach der Inflation überpannte Kapazität der Druckereien gegenübersteht, ist in erster Linie Schuld an dem Elend des deutschen Buchdruckgewerbes. Die vielfältigen Beziehungen zwischen Politik, Industrie, Handel, Landwirtschaft und Buchdruckgewerbe, die in der Presse aller Schattierungen ihren lebendigen und sichtbaren Ausdruck finden, sind in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung für die Druckereibetriebe auf das stärkste abhängig von der Kaufkraft der breiten Massen. Je tiefer das Niveau bei diesen sinkt, je weiter der Lebensstandard durch jahrelange Arbeitslosigkeit auf die allerpremiertesten Bedürfnisse herabgedrückt wird, werden die kulturellen Belange, die durch das Buch, die Zeitschrift, überhaupt durch das Druckergewerbe übermitteln werden, immer mehr und mehr in den Hintergrund geraten gegenüber der unabweisbaren Notwendigkeit, zunächst die materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. So hat das Buchdruckgewerbe ein außerordentliches Interesse daran, sowohl in kulturpolitischer Beziehung im Sinne der Aufgaben, die es zu erfüllen hat, wie auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten mit allen Kräften mitzuarbeiten an der Überwindung dieser ungeheuren Krise, die die Welt, und besonders die deutsche Wirtschaft, in ihren Grundfesten erschüttert hat.

Leider hat der Verfasser dieser ausnahmsweise objektiven Darstellung der gewerbe- und tarifpolitischen Eigenheiten des deutschen Buchdruckgewerbes besonders nach der tarifpolitischen Seite hin selbst noch sehr wenig getan, um diese Einigungen der allgemeinen Kaufkraft abzuschwächen. Als Generalsekretär der Berliner Buchdruckereibesitzer hat er vielmehr schon seit Jahren keine Gelegenheit unbenutzt gelassen, das staatliche Schlichtungswesen und die neuzeitliche Rechtsprechung nach Möglichkeit zu einer fortgesetzten Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, und damit auch der Kaufkraft der deutschen Buchdruckereiarbeiter auszufächeln. Wir lassen es daher auch zunächst dahingestellt, ob auf der bevorstehenden Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Bad Pyrmont eine besondere Begeisterung für die von der Papenregierung vorgezeichnete splendide Staatshilfe für unfähige Wirtschaftsführung und gleichzeitig geforderte größere Verantwortlichkeit des Unternehmertums auf tarifpolitischem Gebiet in Erscheinung treten wird. Abgesehen von allen weiteren Einzelheiten, reaktionärer wie auch teilweise fortschrittlicher Seiten der Papenschen Wirtschaftspläne glauben wir dennoch gerade nach der macht- und tarifpolitischen Seite hin unterstreichen zu müssen, daß insbesondere die Buchdruckereiarbeiterschaft und ihre Organisationen nach wie vor in der Lage sein werden, die tarifvertragliche Regelung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse um so unabhängiger von jeder politischen Macht aufzubauen und zu erhalten, je weiter letztere sich selbst von jeder Einmischung fernhält. Inwieweit auch auf Unternehmenseite des Buchdruckgewerbes gleiche politische Unabhängigkeit zu wahren gesucht wird, oder ob nicht auch von ihr trotz aller Begeisterung für die sogenannte Freiheit der Wirtschaft die beabsichtigte wirtschaftspolitische Kurpfuscherie mit Hilfe politischer Bevormundung mißbraucht werden soll, bleibt erst noch abzuwarten.

Zur Rechtslage einer Tarifkündigung

In Nr. 35 des Organs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 27. August, wurden die von der gegenwärtigen Reichsregierung beabsichtigten Eingriffe in das Tarifrecht von der rein sachlichen und rechtlichen Seite her wie nachstehend besprochen.

Seit 1918 ist es die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen, gegen die sich die Unternehmer ununterbrochen wenden. Bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit war den Unternehmern im Jahre 1923 ein „Erfolg“ beschieden. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wurde damals der Achtstundentag abgebaut. An die Stelle des „thematischen“ Achtstundentages trat der „grundbesitzliche“ Achtstundentag mit vielen Ausnahmemöglichkeiten, die insbesondere die Einführung einer täglichen Arbeitszeit bis zu 10 Stunden und darüber gestatteten. Der von den Unternehmern vorausgesetzte Erfolg dieser Auflockerung der gesetzlichen Arbeitsbestimmungen ist, wie dies die Gewerkschaften vorausgesetzt haben, nicht eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen ist ununterbrochen größer und nicht geringer geworden. Trotz dieses selbstverständlichen Misserfolgs sind die Unternehmer um nichts klüger geworden. Auch die Auflockerung des Tarifvertrags soll der Beseitigung der Arbeitslosigkeit dienen, die nach Auffassung der Unternehmer allein durch diese Maßnahme unbedingt eintreten soll. Es ist mit vollständiger Sicherheit vorauszusetzen, daß ein derartiger Erfolg bestimmt nicht eintreten wird. Aber man kann von Unternehmern und ihren Syndikats nicht verlangen, daß sie wenigstens aus Erfahrung klug werden, nachdem sie es schon nicht verstanden haben, für den sinnlos gesteigerten deutschen Produktionsapparat auch den entsprechenden Absatz zu schaffen.

Seit Juni 1930 haben wir eine ununterbrochene Lohnabnahme über uns ergehen lassen müssen. Parallel hierzu lief eine Rentenabnahme. Das geschah durch Notverordnungen und mit Hilfe des Schlichtungswesens. Der durchschnittliche Lohnabbau während dieser Zeit beträgt 25 Proz. Der Lebenshaltungszindex im Juli 1930 betrug 149,3, im Juli 1932 betrug der Lebenshaltungszindex 121,6, das ist ein Preisabbau von 22,6 Proz. Hierzu ist jedoch ausdrücklich zu bemerken, daß diese statistischen Feststellungen nur einen durchaus relativen Wert haben. Der Lohnabbau war sicher in zahllosen Fällen erheblich größer, der amtliche Lebenshaltungszindex ist überhaupt von sehr zweifelhaftem Wert.

Aber selbst wenn man annimmt, daß Lohnabbau und Preisabbau sich die Waage halten, was war das Ergebnis dieser katastrophalen Lohn- und Preispolitik? Im Juli 1930 betrug die Zahl der heimischen Arbeitslosen 2.765.000, im Juli 1932 5.395.000. Bei weiterer Auflockerung der Tarifverträge, also bei weiterer Abbau der Löhne, wird die Zahl der Arbeitslosen bestimmt im demselben Ausmaß größer werden. Solange die Löhne nicht wieder aufgebaut und die Preise — namentlich auch die Preise für Artikel eines bestehenden Kulturfördernden und Arbeit schaffenden Massenlagers — nicht restlos der gesunkenen Massentaufkraft angepasst werden, solange der Produktionsapparat und der Absatz nicht in ein natürliches Verhältnis gebracht werden, so lange wird die Wirtschaftskrise und damit die katastrophale Arbeitslosigkeit bestimmt nicht zu beheben sein. Um das zu begreifen, dazu gehört sicher keine wissenschaftliche Vorbildung. Aber trotz ihrer vielfachen wissenschaftlichen Vorbildung haben die Unternehmer und ihre Syndikats nicht die Absicht, die einfachsten Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu begreifen oder wenigstens wahr haben zu wollen.

Abgesehen hiervon ist es außerdem nicht richtig, daß wir in Deutschland ein starres Tarifsystem haben oder jemals gehabt hätten. In zahllosen Fällen blieben stets die Tariflöhne hinter den tatsächlichen Löhnen zurück. Immer haben sich die Unternehmer entschließen müssen, besonders für Qualitätsarbeit ibernormalige Löhne zu bezahlen, so daß in diesen Fällen für ihre Kalkulation der Tarifvertrag niemals ausschlaggebend gewesen ist. Aber im Rahmen dieser ibernormaligen Löhne war es den Unternehmern auch immer möglich, Abbaumaßnahmen vorzunehmen, ohne dadurch tarifkräftig zu werden. In vielen Tarifverträgen sind Bestimmungen enthalten, wonach für minderleistungsfähige Arbeiter unter Einhaltung eines bestimmten Verbrauchens prozentuale Abzüge vom Tariflohn zulässig sind. In nicht wenigen Tarifverträgen sind sogenannte Ausschlußstrafen enthalten, die es den Unternehmern ermöglichen, durch wirtschaftlichen Druck auf die Belegschaftsangehörigen um die Bezahlung der Tariflöhne herumzukommen. In diesen teilweise bereits unmoralischen Auflockerungsmöglichkeiten der Tarifverträge kam dann noch die weitgehende Möglichkeit der Auflockerung mit Hilfe des Schlichtungswesens. Die Reichsregierung konnte stets dahin wirken, die Schlichtungsspiele so kurzfristig zu gestalten, daß eine Berücksichtigung der Wirtschaftslage nach Ablauf des so entstehenden kurzfristigen Tarifvertrags jeweils unter staatlichem Zwang möglich gewesen ist. Durch Nichtauspruch der Allgemeinverbindlicherklärung konnte die Reichsregierung von den Aufseher-Unternehmern her auf die Handlungsfreiheit der beiderseitigen Tarifparteien stets einen starken Druck ausüben. Neuerdings will die Reichsregierung Verbindlicherklärungen überhaupt nicht mehr aussprechen und mit Allgemeinverbindlicherklärungen sehr zurückhaltend sein, was an sich ebenfalls bereits auf eine weitere Auflockerung des Tarifvertragswesens hinausläuft. Hierzu kommt dann noch die für die

Arbeiter überaus ungünstige Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden, insbesondere des Reichsarbeitsgerichts. Das Reichsarbeitsgericht hat schon wiederholt entschieden, daß Arbeiter, die ihren Tariflohn nachträglich fordern, wenn sie dem Unternehmer nicht vorher ihre Gewerkschaftszugehörigkeit offenbart haben, ihren Tariflohnanspruch verlieren, weil die nachträgliche Geltendmachung desselben arglistig wäre. Das Reichsarbeitsgericht hat es ebenfalls schon wiederholt zugelassen, daß Unternehmer ihre Arbeiter mit der Begründung entlassen haben, daß sie zur Zahlung des Tariflohns nicht in der Lage seien, da der Betrieb diese Belastung wirtschaftlich nicht tragen könne. Es hat sich in diesen Beispielen um Fälle gehandelt, in denen für einen Betrieb zwei Tarifverträge zulässig waren, und zwar ein Tarifvertrag, der mit Gewerkschaften abgeschlossen war, und ein anderer, der mit gelben Vereinen abgeschlossen war. Die Maßnahmen der Unternehmer liefen darauf hinaus, die Mitglieder der Gewerkschaften zur Preisgabe ihrer Mitgliedschaft und zur Anerkennung der Löhne der gelben Vereinigungen zu zwingen. Das Reichsarbeitsgericht hat das gebilligt, wie es ja auch die Tariffähigkeit der Werktoreine und der Unternehmergruppen des Pommerseher Landbundes anerkannt hat. Zu allem kommt dann noch neuerdings, daß das Reichsarbeitsgericht immer geneigter ist, den sogenannten nachträglichen Verzicht auf tarifliche Rechte mit der Begründung anzuerkennen, daß die Arbeiter „freiwillig“, um den Bestand des Betriebs und damit den Bestand ihres Arbeitsplatzes zu erhalten, auf ihren Tariflohn verzichtet hätten, was zulässig sei, da wirtschaftlicher Druck des Unternehmers nicht vorliege. Das sind natürlich alles dem Geist des kollektiven Arbeitsrechts vollkommen verneinende Gesichtsbeurteilungen, aber sie zünden das Bild über die Möglichkeiten der Auflockerung des Tarifvertrags mit behördlichen und rechtlichen Mitteln ab. Schließlich ist auch noch die langanhaltende Wirtschaftskrise und katastrophale Arbeitslosigkeit die Kampfkraft der Gewerkschaften gehemmt. Somit ist schon gegenwärtig der Beweis erbracht, daß durch diese Auflockerung des Tarifvertrags von den Unternehmern verheißene Erfolg der Milderung der Wirtschaft und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ebensowenig eingetreten ist, wie seinerzeit bei der Auflockerung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen.

Nun aber grundräftiglich zu den uns unbekanntem Absichten des Reichsarbeitsministeriums, die natürlich nur auf eine Beseitigung des Schlichtungswesens oder dessen Nichtanwendung und die Beseitigung der Unabdingbarkeit hinauslaufen können. Wir sind uns über den Unterschied von Macht und Recht durchaus klar. Wir wissen auch, daß eine Reichsverfassung allein diktatorische Maßnahmen nicht verhindern kann. Wir wissen aber auch, ebenso wie der Reichspräsident und die gegenwärtige Reichsregierung, welches Mannis es bedeutet, die Reichsverfassung zu mißbrauchen. Deshalb können wir Reichspräsident und die gegenwärtige Reichsregierung in außerordentlichem Maße darauf bestehen, ihren Maßnahmen im Rahmen der Reichsverfassung zu bleiben. Nun lautet Artikel 165 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung: „Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.“ Aber die Bedeutung dieser Verfassungsbestimmung ist die Auffassung der Gewerkschaften und der arbeitsrechtlichen Wissenschaftler vollkommen einseitig. Unter Vereinbarungen sind die Tarifverträge zu verstehen, und zwar Tarifverträge, die die Arbeitsbedingungen unabhängig regeln. So sagt Universitätsprofessor Singheim in seinen „Grundzügen des Arbeitsrechts“, 2. Auflage, Seite 202: „In dieser Unabdingbarkeit gipfelt das kollektive Arbeitsrecht. Sie begründet die Herrschaft des Kollektivwillens über den Individualwillen. Ohne diese Herrschaft wäre der Tarifvertrag machtlos.“ Universitätsprofessor Nipperdey schreibt in seinem „Lehrbuch des Arbeitsrechts“, 2. Band, 3. bis 5. Auflage, Seite 39: „... daß auch ein neues Tarifgesetz im Grundgesetz am Vorrang des Tarifvertrags vor dem Arbeitsvertrag festhalten muß, wenn es mit der Verfassung im Einklang stehen will. Zur Beseitigung des Unabdingbarkeitsprinzips bedarf es eines verfassungsändernden Reichsgesetzes.“ Universitätsprofessor Dersch nimmt in seinem Lehrbuch „Arbeitsrecht“, 4. Auflage, Seite 45, folgendermaßen Stellung: „Ein Tarifvertrag ohne unmittelbare Normenlegung für Arbeitsverhältnisse wäre also eine Verneinung in sich selbst. Verträge zwischen Verbänden, die nur schuldrechtliche Beziehungen zwischen den Verbänden schaffen, ... ohne auch arbeitsrechtliche Normen aufzustellen, sind als gewöhnliche Verträge denkbar; aber sie sind keine Tarifverträge.“

Schließlich können wir auch der Auffassung von Universitätsprofessor Dersch, a. a. O. Seite 41, vollinhaltlich zu zustimmen: „Tarifvertragsrecht, Berufsverbandsrecht und Schlichtungswesen sind die drei Grundpfeiler des kollektiven Arbeitsrechts. Sie tragen mit gleicher Stärke dieses Gebäude. Die Berufsverbände sind die Träger des kollektiven Arbeitsgemeinschafts. Ihre materiell-rechtliche kollektive Ausdrucksform ist der Tarifvertrag. Ihr verfahrensrechtliches Instrument im Dienst des Tarifvertrags ist das Schlichtungswesen mit der Verbindlicherklärung. So besteht zwischen diesen dreien ein enger Zusammenhang: Ohne Berufsverbände keine Tarifverträge; aber auch ohne Schlichtungsverfahren und Zwangsschlichtung keine vollkommene Auswirkungsmöglichkeit des Tarifvertragsgedankens. In diesem Dreiklang erst entsteht der volle Akkord des kollektiven Arbeitsrechts. Das Fehlen auch nur eines würde zur Auflösung des modernen kollektiven Arbeitsrechts in vollständige Disharmonie führen.“

Wir warten also einseitig in voller Ruhe ab, welche Maßnahmen Reichspräsident und Reichsregierung, ohne gegen die Reichsverfassung zu verstoßen, treffen werden,

um die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge mehr oder weniger zu befeitigen, denn wir sind der Überzeugung, daß es nicht möglich sein wird, diese Preisauflage zu lösen. Man kann die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge mit unmittelbarer und unabhängiger Wirkung nur befeigen oder verneinen, ein Mittelglied gibt es nicht. Die Verneinung wäre Verfassungsbruch.

Die Tragödie der deutschen Arbeiterschaft

Drohend erhebt in Deutschland die Reaktion ihr Haupt, mit Riesenschritten eilen wir einem Zustand entgegen, der für die Arbeiterschaft unerträglich wird. Alles, was an Rechten der Arbeiterschaft durch die Verfassung verbürgt ist, droht verloren zu gehen, und die brutale Faust der Ausbeuter wartet im Hintergrund auf den entscheidenden Schlag, den es gegen die Arbeiter führen will. Es besteht für die Arbeiterschaft höchste Gefahr. Not und Elend schreit und schreit durch die Gassen, auf den Landstraßen liegen ganze Familien, ohne Hab und Gut, ohne Heimat und Wohnung, verbittert und vergrammt, Jörn und Mut im Leibe. Die Stoffungen sind geschwunden, denn von der Weisregierung ist nichts zu erwarten, sie hat alle Hände voll zu tun, um die jahrelang systematisch aufgestellten braunen Banden zu bändigen und die Ansprüche der Junter und Unternehmer zufriedenzustellen. Allein in wieder die Arbeiterschaft auf sich angewiesen, allein muß sie gegen die geeinte Reaktion ankämpfen, selbst muß sie wissen, was sie will.

Die Zeit erfordert Klarheit und Einsicht. Für Millionen sind die Gewerkschaften das Bollwerk, an dem der Faschismus zerfallen wird. Dieses Bollwerk zu festigen ist jetzt unsre vornehmste Pflicht. Es hilft kein Klagen und Jamern über Berganges, über angebliche und doch nur zeitbedingte Fehler oder falsche Entschlüsse. Jetzt ist Einigkeit notwendig, das Zusammenfinden der Arbeiterschaft in einer Kampfeslinie das Gebot der Stunde. Soll die Reaktion auf der ganzen Linie siegen? Soll der feudale Junter und der brutale Kapitalist für alle Zeiten regieren? Nein, wir wollen es nicht! Nein, wir dulden es nicht! Wir sind keine Kulis, wir sind keine Sklaven, Nein, wir sind freie Menschen, wir haben freie Gedanken, wir haben einen freien Willen, wir wollen leben, so wie es sich in einem Kulturland gehört. Wir schaffen die Werte, wir schaffen die Güter, wir wollen den uns gebührenden Anteil daran.

Einfuhr tut not. Welcher Parteirichtung wir auch angehören, seien wir uns klar darüber: was jetzt ist, konnte nur werden, weil die Arbeiterschaft sich selbst gerichtet hat. Die Reaktion hat davon den Nutzen. Mit größter Gelassenheit kann sie jetzt, wo sie im Sattel sitzt, der allerdings eine sehr magliche Grundlage hat, sagen: „Was wir erreicht haben, haben wir dank der Unfähigkeit der Arbeiter erreicht.“ Und es ist so. Wir haben uns um Prinzipien, um Generalisierungen, um Reichs- und Zentralverordnungen gestritten, bis sie die Reaktion, den politischen Machtapparat wieder in der Hand hat. Bei uns wurde nach „Arbeitervertretern“, nach „Sozialsozialisten“, nach „Konterrevolutionären“ so lange geschmissen, und weil keine da waren und sind, wurden welche dazu getempelt, bis die Reaktion gesiegt hat. Reicher konnten es die Unternehmer nicht haben.

Es ist hier nicht der Ort, politische Streitfragen aufzuwerfen. Was wir wollen, ist die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Es muß aber ausgesprochen werden, daß es so nicht weitergehen kann, wie die KPD und WGD. Es nach der letzten Reichstagswahl traiden. Offenbar hat der Stimmenzuwachs der KPD, den Führern den Kopf verdrückt. Sie haben eine wilde Hege gegen die Gewerkschaften entfesselt, bei der man vergeblich nach einem Punkt sucht, der durch die Ereignisse gerechtfertigt wäre. Leipart soll mit Schleicher Verhandlungen geführt und sich mit dem Adelskabinett einverstanden erklärt haben, erzählt die „Vöte Täghe“ ihren Lesern. Beim Arbeitsminister sollen Gewerkschaftsführer gewesen sein und ihr Einverständnis mit der Beseitigung des Tarifrechts ausgesprochen haben. Weiter wird der Versuch gemacht, die Gewerkschaften zu verächtigen, daß sie „Fäden zu den Nazis“ gesponnen hätten. Die Unverfänglichkeit wird durch den Satz erkomen: „Die Gewerkschaftsinstanzen sind aus Klassenkampforganisationen zu Streikbrecherzentralen geworden.“

Warum arbeiten die Kommunisten mit solchem offensichtlichen Schwindel? Warum nur? Damit die nationalsozialistische Presse es nachbrudt und es zum Kampf gegen die Gewerkschaften ausmündet? Ist es Absicht der Kommunisten, den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung Waffen gegen die Berufsvertretung der Arbeiter zu liefern? Sollen sich die Arbeiter noch mehr zum Vorteil der Reaktion herbeiführen? Auch der gläubigste Kommunist sollte wissen, daß die Reaktion die Zetrummerung der Gewerkschaften herbeiführt. Wollen die Kommunisten der Reaktion zu diesem Triumph verhelfen? Wissen sie nicht, daß dann der Arbeiterschaft der letzte Halt genommen ist? Die Reaktion ist brutal und offen. Sie deckt jetzt ihre Karten auf. Die in Berlin erscheinende „Berliner Börsen-Zeitung“, früher Propagandaorgan für den Nationalsozialismus, jetzt Regierungsgorgan, führt seit Wochen gegen die „wirtschafts-gestörenden Gewerkschaften“ einen streupfaffen Kampf und bebittet sich dabei des Materials, das die Kommunisten liefern. Sehen die Kommunisten das nicht?

Einfuhr ist notwendig. So kann es nicht weitergehen. Die Kommunisten nehmen die Abhebung der Preußenregierung am 20. Juli zum Vorwand ihrer Hege gegen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften hätten, so sagen sie, streiken müssen. Schön. Aber waren es nicht die Kommunisten im Preußischen Landtag, die wenige Tage vorher

einen Rücktritts Antrag gegen die Preußenregierung einbrachten, der mit Hilfe der Nazis und Deutschnationalen angenommen wurde? Ist den Führern der KPD und NSD nicht bekannt, daß dieser von den Kommunisten gestellte Mißtrauensantrag von der gesamten Reaktion gegen die Preußenregierung ausgenutzt wurde? Haben sich die Kommunisten nicht an dem Volkseinstieg gegen die Preußenregierung beteiligt? Zusammen mit den Nazis, dem Stahlhelm, den Deutschnationalen, zusammen mit der gesamten preußischen Baronei? Und als die Preußenregierung fiel, deren Sturz die Kommunisten selbst vorbereitet haben, deren Beseitigung sie jeden Tag forderten, da verlangten sie von den Gewerkschaften den Generalfstreik. Welcher Widerstand, um nicht zu sagen: welche Dummheit! Die Kommunisten helfen eine Regierung stürzen, und verlangen einen Generalfstreik, wenn sie fällt. Und warum streiken? Die gestürzte Regierung soll wieder eingesetzt werden. Welchen Sinn hat eine solche Politik? Welche Taktik liegt ihr zugrunde? Man kommt hier um die Feststellung nicht herum, daß die Führer der KPD und NSD absichtlich solche Katastrophen mit herbeiführen wollen. Politischer Haß macht blind; aber diese Blindheit wirkt sich zum Schaden derjenigen Volksschichten aus, die die Kommunisten vertreten wollen.

Die Gewerkschaften können solche Katastrophenpolitik nicht mitmachen. Damit soll man sie versehen. Sie können nicht die Arbeiter ins Unglück stürzen. Mit Recht würde man sie nachher anklagen, daß sie kurzfristig gewesen wären. Und soweit wir die KPD und NSD kennen, wären sie hinterher die lautesten Ankläger. Wenn es ernst mit dem Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus ist, der muß alles vermeiden, was die Einheit der Gewerkschaften stören kann. Das Schimpfen auf die Führer fördert den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht. Hier tut Einkehr not. Man muß dies mit größter Deutlichkeit aussprechen. Wer heute noch glaubt, mit Festsitzerei sich beschäftigen zu sollen, der hat die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden. Der Sieg des Proletariats über den Kapitalismus wird nicht in endlosen Debatten über Grundzüge und Abweichungen entschieden. Man muß auf dem Kampfplatz erscheinen, sich dem Gegner stellen, gegen ihn operieren, taktisch sich auf ihn einstellen. Wie im Gefecht wechselt die Taktik nach den Maßnahmen des Gegners. In Zeiten ruhiger Entwicklung kann man an die Vertiefung der Grundzüge gehen, jetzt stehen taktische Fragen in dem Vordergrund.

Das Barometer steht auf Sturm. Wir wissen nicht, was uns die kommenden Wochen und Monate bringen werden. Alles spricht dafür, daß jetzt die Reaktion den Hauptschlag gegen die Arbeiter und deren Einrichtungen führen will. Jahrelang wurde von den Kommunisten behauptet, es könne nicht schlechter werden. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß es noch viel schlechter werden kann. Wir wollen nicht an die Zeiten der Regierung Müller-Severing erinnern, jeder weiß selbst, daß die Löhne und Unterhaltungsätze damals bedeutend höher waren. Durch den Sturz der Regierung und durch die Beseitigung der Preußenregierung hat die Arbeiterschaft starke Positionen verloren. Wenn jetzt gefragt wird, warum diese Positionen nicht gehalten wurden, so sei darauf hingewiesen, daß aus den Reihen der gesplitteteren Arbeiterschaft selbst auf den Sturz dieser Regierungen hingearbeitet wurde. Hinter einer Regierung muß eine in sich geschlossene Masse sein, sonst kann sie sich nicht auf die Dauer halten. Kommunisten und Sozialdemokraten sind ebenso stark als die faschistische Partei, gehen sie gemeinsam vor, wird der Substanzkampf eingeleitet, braucht uns um die Zukunft der Arbeiterbewegung nicht bange sein. Die Gewerkschaften dürfen nicht unterhört werden.

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Heinrich Gajshofer in Nordlingen
Eingetreten: 4. September 1882 — Jetzt Invalide

Kursus für erwerbslose Buchdrucker in Berlin

„Arbeiten können — in unserm Fach arbeiten können, das ist unser schärfster Wunsch.“ — Diese Worte habe ich vielenmal von den jungen Kollegen gehört, die in meinen Kursus an der Handwerkerschule eintraten wollten. Vom Produktionsprozeß ausgestoßen — nicht mehr an der Maschine oder am Rasten stehen dürfen —, das ist für den rechten Buchdrucker auch ein hartes Los. Wer in seinem festen Brot steht, wird diese Worte nicht ganz verstehen können, aber wenn er einmal die Kollegen sieht und hört, denen kein Erwerb zur Zeit möglich ist, dann wird er es vielleicht nicht nur verstehen, sondern die Wahrheit der eingangs angeführten Wunschäußerung wird ihm zum Erlebnis werden.

Nicht nur ein nächsteres Erwerbsstreben weisen unsre arbeitslosen Kollegen auf, sondern ein ehrliches Streben, das auf den Erwerb von Kenntnissen und Können gerichtet ist. Sie wollen den Geist der Typographie unsrer Zeit voll und ganz erfassen, damit sie ihm in rechter Weise Ausdruck durch Gestaltung geben können.

In dieser Lage ist man in maßgebenden Stellen auch nicht achtlos vorübergegangen. Es wurde im Herbst 1931 ein Kursus an der Kunstgewerbes- und Handwerkerschule Berlin-Ost eingerichtet. Hier wurde Gelegenheit gegeben, praktische Arbeit an den Erwerbslosen zu leisten. Der Besuch ist für jeden Berufsangehörigen kostenfrei, und für weiter entfernt wohnende Teilnehmer wird wöchentlich ein wesentlicher Fahrgeldzuschuß gewährt. Der Unterricht findet an vier Wochentagen je vier Stunden lang statt, die Lernmittel werden geliefert.

Es dürfte nun interessieren, was in diesem Kursus geschieht wird. Das Wintersemester 1931 war dem Aufbau und der Einrichtung gewidmet. Als Grundlage für die gesamte Kursarbeit wurde Skizzieren und Ent-

wurfen von Druckfäßen geübt. Nach Fertigstellung eines für die Praxis brauchbaren Entwurfs erfolgte dann jeweils die Ausführung in den Schutwerftischen. Neben diesen Arbeiten stehen aber zur Vertiefung und Förderung des fachwissenschaftlichen Denkens der Kursteilnehmer Vorträge des Leiters einher, an die sich dann eine freie Aussprache anschließt. Zur Durchdringung der theoretisch behandelten Stoffe sind entsprechende Betriebsbesichtigungen vorgenommen worden. Auch aus dem Kreis der jungen Kollegen wurden interessante Referate gehalten, die ebenfalls eifrig diskutiert wurden.

Das Entwerfen von Druckfäßen umfaßt Anzeigenentwürfe, Entwürfe von Normdruckfäßen (Briefkopf, Rechnung, Postkarte, Besuchkarte, Briefumschlag), Entwürfe für Werbeflag (Textanordnungen, Titelgestaltungen).

In fachwissenschaftlichen Themen wurden behandelt: „Einrichtung und Betrieb einer neuzeitlichen Buchdrucker“ mit anschließender Besichtigung der Firmen R. Wolf und Rudolf Wasse. — Aus der Materialkunde: Die „Herstellung des Sahmaterials“ (Besichtigung der Schriftgießerei H. Verthold) und die „Druckfarbenfabrikation“ sowie das „Waschen der Farbe“ (Besichtigung der Farbenfabrik Gebr. Schmidt). Ferner das „Waschen der Druckarten“ (Mikroskopische Betrachtungen und Besichtigung des „Vorwärts-Tiefdrucks“), die „Reproduktions-techniken“ und ein „Überblick über die Geschichte des Buchgewerbes“ (Buch- und Schriftwesen vor Gutenberg, Erfindung der beweglichen Letter und das Lebensbild Gutenbergs, Zunftangehörige, Goldenes Zeitalter, Verfall, das Buchgewerbe im 18., 19. und 20. Jahrhundert). Zur Vertiefung dieses Kapitels wurde ein Besuch des Schriftmuseums der Firma Heinge & Wankersch und vorher eine Besichtigung der Darmstädter Handchriftensammlung in der Preussischen Staatsbibliothek unternommen. Allgemein unterrichtete Anschauungsmaterial des Kursteilnehmers die wenig bekannten Gebiete.

Nach den aufbauenden Arbeiten des Winterhalbjahrs konnten zu Beginn des Sommerhalbjahrs unter den Kursteilnehmern Reisegruppen gebildet werden, die immer an einer gleichartigen Aufgabe, jeder aber selbstständig für sich, arbeiteten. Dadurch wurde es möglich, den einzelnen persönlich zu erfassen und ihn gleichzeitig in den Wettbewerb mit andern Kollegen zu stellen.

Die praktischen Arbeiten umfaßten für die verschiedenen Gruppen: Werbeflag, Titelflag, Prospekt und Zirkularflag, Geschäftsdruckgestaltung, Anzeigenflag, Schriftfliegertexten und Schriftkonstruktionen. Bei diesen Bearbeitungen wurde innerhalb der einzelnen Arbeitsgemeinschaften durch eine eingehende Bepfehlung der Aufgaben eine möglichst lebendige, prägnante Einstellung herbeigeführt.

Neben diesen Ausprägungen innerhalb der einzelnen Gruppen fanden wieder Vorträge und Betriebsbesichtigungen im großen Kreis der gesamten Teilnehmerchaft statt.

So wurde nach einer Besichtigung der Farbenfabrik von Hans Münder (Berlin-Hohenschönhausen), die außerhalb der Kursstunden an einem Sonntagvormittag erfolgte, vom Kursteilnehmer ein Vortrag gehalten über die Bedeutung der Illustrationsverfahren in unserm Jahrhundert und die Einstellung des Buchdrucks zu seinen Konkurrenten auf diesem Gebiet, dem Tiefdruck und Flachdruck. An Hand von Anschauungsmaterial wurde dargestellt, wie die Doppeltonfarben und Spezialtiefdruck im Buchdruck auf rauhen Papieren tiefdruckähnliche Wirkungen hervorzuufen und so wesentlich zur Konkurrenzfähigkeit beitragen.

Ferner erfolgten Farbenmischübungen mit Buchdruckfarben der Firma Gebr. Schmidt (Pankow-Heinersdorf), die ein Verständnis der Zusammenhänge in der Welt der

Unsre Kulturaufgabe

Drei schöpferische Organisationen haben ihren Sitz in unserm Verbandshaus in der Dreibrunnstraße. Unser Verband ist der Hort der gewerkschaftlichen Treue und der Kampferbundenheit. Er ist die Stütze aller derer, die eine unbarmherzige Wirtschaftsordnung ihres Rechtes auf Arbeit beraubt. Er ist die unerschütterliche Grundlage unsres Wohlens und nur, wenn wir uns dessen eingedenk sind, können wir unsre Aufgaben begreifen ... und vorwärts schreiten.

Neben ihm wirkt der Bildungsverband. Er sammelt die Kräfte des Strebens und der Gestaltung und treibt die berufliche Entwicklung unablässig voran. Er zeigt den Mutlosen immer wieder neue Ziele und reicht ihnen über die Leere des Arbeitslosendaseins hinweg das helfende Geiß der eignen Schaffensfreude.

Und zwischen beiden kreibt als dritter Pfeiler die Biihergilde Gutenberg empor! Getragen von dem festen kameradschaftlichen Verbundensein der einen, vorwärtsgetrieben von dem Willen und der Idee der andern Seite.

Das ist es, was uns allen die feste Stützung gibt: Im harmonischen Dreiklang steigt die Stärke und die Garantie für die Zukunft!

Wir haben guten Grund, wachsam zu sein. Von allen Seiten kommt die Meute der Reaktion, uns alle Rechte zu entreißen! Wir stehen mitten in einer aufgelösten Wirtschaftsform, in der Endphase des kapitalistischen Systems! Noch will es nicht von der Lebenslinie abtreten, es kämpft um seine Existenz! Es wird ihm nichts helfen! Alle falschen Propheten können die eberne Tafel nicht verschleiern: Der Sozialismus ist auf dem Marsch! Er muß kommen! Denn — und das ist entscheidend — wir sind nicht mehr eine ziellose, unwillende Fluchherde einer frühkapitalistischen Zeit! Wir fronen nicht mehr in ohnmächtigem Jörn an den Maschinen, wir tragen nicht mehr das

Joch uralter Knechtsgehoramsamkeit — wir sind wach und sehend geworden! Karl Marx zeigte uns den Feind, mutige Männer fanden den Weg! Um das Banner des Sozialismus scharte sich das Proletariat und begann im Massenschritt die Volkwerke des herrschenden Systems zu erschüttern!

Und bei diesem Weg aus der Tiefe leuchtete uns das stolze Wort: Wissen ist Macht! Wir Buchdrucker haben von altersher eine große Aufgabe: die Aufklärung! Unsre Kunst hat vor 500 Jahren der größten Weltrevolution die Tore geöffnet. Wir haben allen Menschen erst das Reich der Kultur erschlossen. Das Wort ward frei!

Aber wir wissen auch: die Buchdruckkunst ist ein Machtmittel in der Hand des Kapitalismus. In Büchern, Geschrifteten, Zeitungen — unsre Hände müssen falschem Geist und der Lüge Ausdruck verleihen, wir müssen der äußeren Form die Waffen schmieden, die gegen uns selbst, gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind.

Aber wir wehren uns dagegen! Als unser Verband vor 66 Jahren die Gewerkschaftsidee zum Leitmotiv erhob, da nannte man uns Pioniere. Es muß uns alle mit Stolz erfüllen, daß wir auch Wegbereiter in der Arbeiterbildung geworden sind! Durch die Gründung der Biihergilde Gutenberg! Wie begeistert waren wir 1924 — als der erste Werberuf in das Land ging! Es war ein mutvolles Beginnen, denn wir waren alle durch die Zustiation arm geworden. Aber in allen Städten, im kleinsten und im größten Betrieb stellten sich unsre Funktionäre in den Dienst der Idee! Die Zeichnungstischen füllten sich — das Werk konnte beginnen! Kein Urstein, kein Misse steckten mit großem Vermögen dahinter — nur die Gemeinschaft der werktätigen Buchdrucker war der feste Baugrund!

Und ist es geliebet! 80 000 Mitglieder haben freie Auswahl unter mehr als 100 Büchern! Auf dem freien Büchermarkt geht der Absatz zurück — in der Biihergilde gibt es bis heute noch keine Stockuna. Der Durchschnittsladenpreis

aller Bücher war für 1931 im freien Buchhandel 8,29 M. Die in festes Leinen gebundenen, sehr gut ausgestatteten Werke der Biihergilde kosten regelmäßig 2,70 M. Das ist der Unterschied! Die Biihergilde schaltet jeden Profit aus. Sie ist von sozialistischem Geist durchpflust.

Unsre Aufgabe ist es, die Biihergilde zu erhalten und zu fördern! Wir kennen ihre Werte. Der Erfolg beruht auf der einfachen Tatsache, daß die Bücher halten, was der Verlag verspricht! Bewußt wendet sich die Biihergilde an das schaffende Volk. Sie bringt keine leichte Unterhaltungsliteratur, keine falsche Romantik, keine Augenblidsbücher. Die Autoren reden unsre Sprache, wecken neue Gedanken! Ein neues Weltbild erkeht in uns! Wir erkennen, daß wir mit allen Schicksalsgenossen in allen Ländern verbunden sind. Es sind Bücher, die unsren Geist formen, uns immer neuen Reichtum geben und Licht und Fröhlichkeit in unser Leben tragen!

Selbe Freude erweckt immer wieder die typographische Ausstattung. Die Biihergilde wird zum Markten begriff in der Buchkunst!

In diesem Jahr sollen es 100 000 Mitglieder werden! Das Ziel ist erreicht, wenn wir alle unsre Pflicht kennen: Unablässig arbeiten! Sollte der Biihergilde selbst die Treue, auch wenn Kurzarbeit dein Einkommen schmälert. Und wenn dich, lieber Kollege, die Geißel der Arbeitslosigkeit geschlagen — dann verzichte nicht auf die Mitgliedschaft! Das Monatsgehalt bekommst du umsonst! Und wenn du neue Leser wirbt, dann winten deiner Treue die neuen Werberprämiën! Das Friedrich-Engels-Buch „General und die Frauen“ mußt du besorgen! Waffner Viktor schrieb es in beschwingter Sprache.

Wir wollen durch das Werk der Biihergilde alle Kreise erobern, deren Los noch kein Armut und Gebundenheit ist — die aber mit uns auf Freiheit und Gerechtigkeit hoffen!

Roder Wajuseu.

Farben vermitteln sollten und gleichzeitig die Fertigkeiten im Mischen von Farben für den Klebdruck festlegen.

Als nächstes gemeinsames Thema wurde dann das Arbeiten an der Handpresse nebst Einführung in ihre geschichtliche Entwicklung, ihren Aufbau und ihre verschiedenen Systeme behandelt. Zur praktischen Vertiefung dieses Themas verlegten die Kurstustellnehmer die Herstellung der mangelhaften Wertpapierpresse.

Ein weiteres Thema bildete eine Ausstellung von Teildrucken aus den fünfzig besten Büchern des Jahres 1931 und eine anschließende Besprechung. Um die Kurstustellnehmer auch lebenskundlich zu fördern, wurde eine Anfrage aus ihrem Kreis über Unterschiede und Wesen von Sofa- und Primawechsel in ihrer Beantwortung allgemein besprochen und durch konstruierte Wechselverhältnisse eine Klarstellung der Begriffe 'Traffant', 'Traffat', 'Remittent' und 'Indoissant' herbeigeführt.

Als letzte allgemeine Veranstaltung vor Ablauf der ersten zehn Wochen des Sommerfestes fand ein Vortrag des Kurstustellers über das Schriftschaffen der heutigen Zeit unter den Gesichtspunkten 'Antiqua-Federgrötes' und 'Egyptienne-Grotes' statt. Die Ausführungen wurden durch ein reichhaltiges Schriftprobenmaterial, das die Schriftsetzereien zur Verfügung gestellt hatten, unterstützt.

Ein Besuch der Ausstellung 'Sonne, Luft und Haus für alle' diente dazu, die Kurstustellnehmer auch über den Rahmen ihres beruflichen Denkens hinaus zu interessieren. — Für eine körperliche Gesunderhaltung und Erleichterung sorgen die an jedem Montag auf der Spielwiese I im Treptower Park veranstalteten Sportischen Spiele.

Allgemein ist über den Kursus noch zu sagen, daß mit äußerster Strenge von allen Beteiligten auf pünktliche und regelmäßige Teilnahme geachtet wird. Es wird fleißig gearbeitet. Es ist ein Arbeitsdienst im und am Beruf, den hier jüngere und ältere Buchdrucker leisten. Eine Kulturarbeit wird erfüllt: 'Erhalten der bereits erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten und, wenn irgend möglich, noch ein Weiterbauen auf diesen Grundlagen.'

So die unfreiwillige Freizeit nutzen, heißt einen Dienst an der Nation vollbringen; denn wenn die Wirtschaft einst wieder ruft, werden Männer kommen, die sich nicht erst mühsam tappend zurechtfinden müssen, sondern die in die Praxis eingreifen, als wäre nie eine Zeit gewesen, in der sie abseits von der Produktion standen. Wer so zu seinem Beruf steht, der leistet einen hohen Dienst an seiner Volksgemeinschaft; denn ein gebiegender Sachmann wird auch allemal ein gebiegender Staatsbürger sein!

Eichwalde. Edwin George.

Korrespondenzen

Braunschweig (Handfeger) — Wierkefahrs-berichter. Unsere Verammlung am 30. Juli hat wieder nur schwachen Besuch aufzuweisen. Vier Neuzugänge konnten an diesem Abend vollzogen werden. Unter Mitglieberstand hat bis jetzt die Zahl 120 erreicht, was von etwa 500 Handfegern in unserm Bezirk immer noch eine geringe Summe ausmacht. Wir hoffen, daß hiermit noch kein Stillstand in unserm Reiben eintritt, sondern die noch fernstehenden Kollegen den Weg zur Handfegerpartei finden werden. Leider mußten wir ein Mitglied aus unserm Reiben verweisen bzw. ausschließen, weil der betreffende Kollege sich der Zellenorganisation der NSDAP. verschrieben hatte. Den Kassenbericht gab Kollege Rigan, an dem zu entnehmen war, daß trotz der riesigen Arbeitslosigkeit dennoch durch sparsames Verwalten unser Beiträge in diesem Vierteljahr ein kleines Plus herausgesprungen ist. Wir alle sind uns der Schwere dieser Zeit bewußt, wir wissen noch nicht, was uns die kommende Zeit bringt, denken aber durch Geschlossenheit und Sparsamkeit über diese Zeit hinwegzukommen, zum Trost der verärrterten, feindsidig gesinnten, reaktionären Organisationen gewisser politischer Parteien. Das diesjährige Wanderverbot fand in Hameln am 7. August statt. Aus finanziellen Gründen wurde nur eine Delegation dorthin entsandt. Unser diesjähriges Winterprogramm ist mit der Arbeitsgemeinschaft durchberaten. Hier wird den Kollegen Vorgesicht geboten, sich weiterzubilden. Für die arbeitslosen Kollegen will man hauptsächlich versuchen, einen Kursus an der Kunstgewerkschule einzurichten. Nach eigenen Anregungen unter 'Verhinderung' fand die zu verlassene Verammlung ihren Abschluß. Den arbeitslosen Kollegen wurde an diesem Abend ein kleines Jahrgeld gegeben.

Frankfurt a. M. (Handfeger). Inmitten einer schweren Notzeit hatte der Vorstand unser Gauvereinerung zu einer Vorstandskonferenz, verbunden mit einem Handfegerkongress, aufgerufen, um in erster Beratung die zukünftige Arbeit festzulegen. Daneben sollte durch die Tagung auch die innere Stärke der Organisation nach außen hin dokumentiert werden. Am Abend des 6. August trafen sich die Delegierten aus dem ganzen Gau im hiesigen Gewerkschaftshaus. Nach einem Rundgang durch das Gebäude und einem längeren Aufenthalt auf dem herrlichen Dachgarten wurde die Konferenz durch Kollege Gehrman als Vorredner der Gauvereinerung eröffnet. Als Vertreter des Gaus konnte Kollege Keps als Vertreter der Zentralkommission deren Vorsitzender, Kollege Fiedler (Berlin), begrüßt werden. Zu den einleitenden Worten wurde darauf hingewiesen, daß nunmehr zwei Jahre seit der Giesener Konferenz verstrichen seien. Damals fand die Sparte im Aufbau, leider habe die Wirtschaftskrise so manche damals gehegte Hoffnung nicht in Erfüllung gehen lassen. Kollege Keps begrüßte anschließend die Erschienenen im Namen des Gauvorstandes, während Kollege Fiedler im Auftrag der Zentralkommission die besten Wünsche zu einem guten Verlauf übermittelte und dabei betonte, daß die Zentralkommission die Beschäftigung der Vorstandskonferenzen beschloffen habe, um aus ihnen wirkliche Arbeitstagen zu machen. Anschließend gab Kollege Gehr-

man den Bericht des Vorstandes der Gauvereinerung. Auf eine ausführliche Berichterstattung kann verzichtet werden, da der Bericht bis zum Ende des Jahres 1931 gedruckt vorliegt. Die starke Arbeitslosigkeit, gerade unter den Handfegern, machte die Arbeit außerordentlich schwierig, es war daher zu begrüßen, daß der Beitrag für arbeitslose und kranke Mitglieder durch die Zentralkommission herabgesetzt wurde. Kollege Gehrman forderte von allen Anwesenden höchste Anspannung aller Kräfte, um die Sparte auch in dieser Zeit stabil zu erhalten. Der Zentralkommission gebührt besonderer Dank für die Unterstützung, die sie jederzeit durch Schreiben und Druckarbeiten gegeben hat. Den Kassenbericht der Gauvereinerung gab Kollege Bahler. In der Aussprache zu diesem Tagungsordnungspunkt bedauerte Kollege Schneider (Gießen) die Tragheit so mancher Funktionäre, die, wie das Beispiel von Bad Nauheim beweise, oft schuld sei, wenn die Vereinigungen eingehen. Rundendungen sollen nach Meinung von Giesener Kollegen nur durch den Bildungsverband gestellt werden. Anschließend brachte Kollege Schneider einen Antrag ein, der dem Vorstand der Gauvereinerung Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit ausspricht. Kollege Ude (Gießen) bemängelte die Rundendungen und glaubt, daß die Sparte nur organisatorisch tätig sein solle. Der Ausbau eines Referentenorgans sei wichtiger. Kollege Merle (Kassel) wies darauf hin, daß bei der heutigen Lage die Bildungsarbeit bei den Kollegen keine Beachtung finden, da die Möglichkeit einer Auswertung nicht gegeben ist. Kollege Gehrman wies zum Abschluß darauf hin, daß alle Sparten ihre Bildungsfragen selbstständig behandeln und daß auch die Handfeger hierauf nicht verzichten können. Der Antrag Schneider wurde hierauf einstimmig angenommen. Unter Punkt 3 folgten die Berichte der örtlichen Vereinigungen. Kollege Farren (Kopf (Sulda)) wies darauf hin, daß der Gauverband eine rasche Agitation entwickelt habe, daß es ihm gelungen sei, nennenswerte Siege zu erzielen. In Sulda herrscht noch der alte gewerkschaftliche Kampfergeist. Für Frankfurt bedauerte Kollege Gehrman den schlechten Besuch der Versammlungen und den Mitgliederrückgang, der ganz besonders durch Austritt von Kollegen, die in Zeitungsbetrieben stehen, entstanden ist. Die Jugend steht den Gewerkschaftsfragen unangenehm gegenüber, diesem Gebiet muß deshalb besondere Sorgfalt gewidmet werden. Kollege Schneider (Gießen) konnte berichten, daß alle Mitglieder der Sparte die Treue bewahrt haben. Sechs invalide Kollegen im Alter von 75 bis 82 Jahren nehmen auch heute noch regen Anteil an der Sparte. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Sparten ist erfreulicherweise gut. Für die jüngste Vereinigung Hanau berichtete Kollege Degoutie von einem guten Verhältnis. Kollege Merle (Kassel) berichtete über sechs Versammlungen. Eine Wanderversammlung in Hannover-Hildesheim war gut besucht. Der Vorstand wird alles tun, um die Kollegen zusammenzuführen. In Offenbach ist, nach dem Bericht des Kollegen Hügel, der Versammlungsbesuch gut zu nennen. Bessere Zeiten zum Aufbau wären sehr erwünscht. Kollege Gehrman stellte abschließend fest, daß die Vorstände gute Arbeit geleistet haben. Punkt 4 brachte ein Bescheid des Reiches in Berlin. Er wies darauf hin, daß die Beschäftigung der Vorstandskonferenzen erfolge, um eine bessere Fühlungnahme herbeizuführen. Diese Fühlungnahme sei notwendig, um ein einheitliches Arbeiten aller Vereinigungen im Reich herbeizuführen, ein bestmögliches Vertrauensverhältnis zwischen den Vorständen und der Zentralkommission zu sichern und schließlich, um den Vorstandskonferenzen den Charakter erster Arbeitstagen zu geben. Nach diesen Gesichtspunkten war auch das Referat aufgebaut. Zur allgemeinen Idee betonte Kollege Fiedler, daß überall Anzugsbedeutung herrsche. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und des gegenwärtig geringen Einflusses der Gewerkschaften sei dies wohl verständlich, man solle aber nicht ungerecht sein. Wer hat der Arbeiterchaft mehr geboten? Die ewige Kritik hysterisch veranlagter Naturen, oder die äghe unbedirte Arbeit der Gewerkschaften? Der Einfluß der Arbeiterchaft ist immer der Ausdruck der Machtverhältnisse. Wenn die Arbeiterchaft heute keine geschlossene Macht ist, wenn sie demzufolge sich stärkeren Faktoren beugen muß, dann hat sie daran selbst schuld durch ihre bedauerliche Zerissenheit. Der Kapitalismus kämpft um seine Existenzgrundlage. In diesem Kampf muß die Arbeiterchaft das Vertrauen zu ihren Führern bewahren. Zu den Spartenfragen stellte Kollege Fiedler fest, daß die Handfeger die Krise bis jetzt verhältnismäßig gut überstanden haben. Wohl ist ein Verlust an Mitgliedern eingetreten, aber die Zahl der Vereinigungen hat sich um 282 Proz. erhöht. Gegenüber andern Sparten fällt dabei sehr stark ins Gewicht, daß bei uns der Spartegebäude noch sehr jung ist. Für die Austritte werden allerlei Gründe angegeben, oftmals tragen die örtlichen Spartenvorstände die Schuld, weil sie nicht mit dem notwendigen Ernst an die Arbeit herangehen. Das Vereins- und Verammlungsleben muß aufgebaut werden. Die Sparte muß nach außen hin mehr in Erscheinung treten. Im Oktober wird eine Werbewoche stattfinden, in der an alle noch abseits stehenden Kollegen herangetreten werden soll. Die Möglichkeit der Berichterstattung im 'Korr.' muß von unsrer Sparte mehr ausgenutzt werden. Die Verhandlungen zur Anlage A werden uns vor eine schwere Aufgabe stellen. Es kommt den Unternehmern bei ihren Anträgen nicht so sehr darauf an, den wenigen Berechnungen ihr Einkommen zu beschneiden, sondern in erster Linie sollen die Grundlagen der Arbeitskontrolle zugunsten der raffiniertesten Ausbeutung abgeändert werden. Es ist notwendig, daß alle Handfeger erkennen, warum es hierbei geht. Aufklärung und Bildungsarbeit dürfen nicht nachlassen. Der Vorwurf, die Sparte sei überflüssig, ist nicht zuletzt auf unsre Unterlassungsünden zurückzuführen. Die Ausführungen Fiedlers fanden starken Beifall. Eine größere Diskussion hierzu erzielte fünf. Anträge wurden nicht gestellt. Lediglich von Kollege kam eine Anfrage, welche Aufgaben die Gauvereinerung für die Zukunft plane. Der Tagungsart der nächsten Vorstandskonferenz wurde angehängt der unsicheren Verhältnisse noch nicht festgelegt. Zum Abschluß der Konferenz überreichte Kollege Pfeiffer ein von unferm aktiven Kämpfer, Kollegen Elle (Gießen), verfasstes Lied. Kollege Elle hat schon wiederholt durch seine Dichtkunst zur Erheiterung der Kollegen beigetragen. Er gehört seit 1872 dem Verband an und hat bis heute in vorbildlicher

Pflichttreue in den Reihen der Kollegen seinen Mann gehalten. Er verließ inzwischen den Gau und wir wünschen ihm einen ruhigen Lebensabend. Die Konferenz wurde um 12 Uhr mit einem Hoch auf Sparte und Verband geschlossen. — Am Sonntagvormittag beschäftigten die auswärtigen Teilnehmer den Zoologischen Garten. Am Nachmittag veranstaltete die Gauvereinerung in Feschenheim am Main im schönen Heim der Freien Turner ein Handfegerfest. Bei dem schönen Sommerwetter kamen die Kollegen mit ihren Angehörigen in großer Zahl aus der ganzen Umgebung zusammen. Musik und Chöre des Gesangsvereins 'Gutenberg' (Frankfurt a. M.) eröffneten das Treffen. Kollege Fiedler hielt eine zündende Ansprache, in der er darauf hinwies, daß es uns immer eine angenehme Erinnerung sein wird, an dem Ort zu wissen, von dem unsre Bewegung ihren Ausgang genommen hat. In dieser Tatsache liegt aber andererseits auch die Verpflichtung für alle Handfeger, besonders in Frankfurt und im Gau Frankfurt-Hessen, sich dieser Ehre würdig zu erweisen durch zeitlosen Eintritt in die Sparte. Jeder soll mitarbeiten, jeder soll mitarbeiten und seine Pflicht tun, dann wird auch das alte Buchdruckerlied wieder voll zur Geltung kommen, in dem es heißt, daß ein gemeinsames Band uns alle umschlingt. Mit dieser Erkenntnis wollen wir an die zukünftige Arbeit gehen. Ein Hoch auf den Verband und die Sparte bildete den Abschluß der Ausführungen, die brausenbeifall fanden. Kollege Gehrman verband die Dankesworte an den Referenten mit dem Wunsch, daß jeder Kollege aus diesem Saal herausgehen möge als Werber für die Sparte. Der gemüthliche Teil wurde bestritten durch Lieberovorträge des Gesangsvereins 'Gutenberg', durch einen vorzüglichen Humoristen und die immer müde Musikkapelle. Fleißig wurde auch das Tanzbein geschwungen. Zu einer besonderen Ehreung gestaltete sich das gemeinsam gesungene Lied des Kollegen Elle, dem auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sei. In später Stunde wanderten die Kollegen heimwärts, und noch lange wird die Veranstaltung allen Teilnehmern eine angenehme Erinnerung sein.

Hameln. (Handfeger.) Über 250 Handfegerkollegen aus dem Gau Hannover konnte der Vorsitzende der Handfegervereinerung Hannover, Kollege Behrens, zum Dritten niederhiesigen Handfegerkongress im 'Gewerkschaftshaus' in Hameln begrüßen. Sein Gruß galt auch dem Kollegen Pfeiß (Berlin), den Vertretern des Gauvorstandes, des Lokalvereins Hannover, des Ortsvereins Hameln, der übrigen Sparten und des Bildungsverbandes, die ihrerseits der Tagung besten Verlauf wünschten. Im Mittelpunkt stand ein Referat des Kollegen Pfeiß über das Thema 'Aktivität, Disziplin und Einigkeit im Verband der Deutschen Buchdrucker'. Der Referent führte u. a. aus: Der oberste Grundfah der deutschen Verfassung: 'Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus', findet seine größten Freunde in der deutschen Arbeiterchaft. Aber: 'Der Feind, den wir am meisten hassen, der uns unlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchdringt!' Wie wäre sonst ein solcher Wahlsieg möglich wie der vom 31. Juli? — zentralen Geistes, die wirtschaftliche Notlage hat auch ihr Teil dazu beigetragen. Aber nur der Unverstand der Massen ermöglicht es, daß die Fiktivreden ein gläubiges Publikum finden. Die deutsche Arbeiterchaft ist leider politisch zerplittert und dadurch zur Machtlosigkeit verurteilt. Nur die Eisene Front und die freien Gewerkschaften sind die Stellen, wo sich die Einigkeit der Arbeiterchaft durchführen läßt. In den Massen ist der Wille zur Einigkeit wohl vorhanden, aber die Führer der andern Seite (NSD.) streben dagegen. Es ist unmöglich, diese Führer, die uns jahrelang mit Schmutz besorfen haben, mit offenen Armen aufzunehmen. In den freien Gewerkschaften steht der Verband der Deutschen Buchdrucker durch sein hohes Organisationsverhältnis an führender Stelle. Heroisch Großes ist in den letzten Jahren an Unterstützung der durch die Wirtschaftskrise Betroffenen geleistet worden; das war nur möglich dank der sozialen Einstellung sämtlicher Verbandsmitglieder. Anders dagegen die Prinzipale, die auf karikierendem Gebiet wenig soziales Verständnis zeigten. Sie erzwangen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die in diesem Ausmaß nicht durch die niedergehende Konjunktur notwendig war. Aber wir werden das Verlorene zurückerobern. Es ist vielleicht verständlich, daß sich der Handfeger, der am schwersten von der Wirtschaftskrise betroffen wird, sich dem Fatalismus nähert; aber nichts ist verkehrter als dieses. Der Verband ist einer schweren Belastung ausgesetzt, aber er wird durchhalten. Im letzten Jahr wurden an Unterstützungen über 10 Millionen Mark ausgezahlt; das ist eine sehr beachtliche Selbsthilfe der Arbeiterchaft, die bei Nichtvorhandensein eine riesige Gefahr für den Staat bedeutete, das ist ein geradezu erschütternder Beitrag für die Opfer der Wirtschaftskrise, das ist vorbildliche Solidarität und das ist die Auswirkung der früheren Aktivität, Disziplin und Einigkeit. Aber nicht dieses finanzielle Ergebnis allein, sondern der Geist, der hinter diesen Tatsachen steht, ist von Bedeutung. Mehr denn je müssen wir heute klaren Kopf behalten, dann ist die Arbeiterbewegung nicht zuerschlagen. Was soll nun aber mit den Arbeitslosen geschehen? Die schnellste Hilfe ist Arbeit, aber dazu fehlt es an Geld. Der DGB strebt Erleichterung durch Arbeitszeitverkürzung an, aber was geschieht von der Regierung? Erhebungen, Ermittlungen, wohlwollende Prüfungen, aber keine Taten. Die Hitlerpartei will eine Änderung durch die Arbeitsdienstpflicht erreichen. Aber diese bedeutet die Mundtotmachung Mißliebiger. Die Arbeitszeitverkürzung ist keine wirtschaftliche Frage, sondern eine politische Frage, bei deren Lösung sich wieder die politische Zerplitterung der Arbeiterchaft höchst nachteilig bemerkbar macht. Die Lohnreduzierungen, die wir über uns ergehen lassen mußten, sind katastrophal. Hinzu kommt der scharfe Leistungsulagenabbau, der vom DGB, auch in den Betrieben erzwungen wird, bei denen eine wirtschaftliche Notwendigkeit für eine Kürzung in diesem Ausmaß nicht vorliegt. Aktivität, Disziplin und Einigkeit muß unser Leitziel werden. In der Handfegerbewegung ist ein Stillstand eingetreten; so kann es nicht weitergehen, auch wir müssen aktiver werden. Gewerkschaftliche und Bildungsarbeit muß unser Leitziel sein. Die Bildungs-

arbeit ist im enghen Zusammenhang mit dem Bildungs-
 verband zu leisten. Wir Handwerker müssen erkennen, daß
 wir für unsere physische und geistige Arbeit gegenüber den
 übrigen Berufsangehörigen zu gering bezahlt werden;
 aber wir erleben eine Änderung nicht auf dem Weg der
 Kürzung der übrigen Löhne. Wir müssen uns bewußt
 machen, daß unsere Arbeitsleistung mit unserem Lohn in
 Einklang steht, das ist Solidarität mit den Arbeitlosen.
 Wenn wir einig sind, werden wir die Dinge meistern.
 Nicht gefüllte Käfen, sondern der Geist ist es, der uns
 vorwärts bringt. In der kurzen Aussprache wurde u. a.
 die Ansicht verschiedener Arbeitsschichten abnehmend kriti-
 siert, die in der Gewährung von Leistungszulagen
 unantastbare Zustände erblicken. Nach der Mittagspause fand
 eine kurze Sitzung der Vorstände statt, die sich mit organi-
 satorischen Fragen befaßte. — Der Nachmittags offenbar-
 te uns dann bei herrlichem Sonnenschein die Schönheiten
 Hamelns und seiner Umgebung. Mit einer folgenreichen
 Festsitzung fand das Handwerkerfest seinen Abschluß.

Quedlinburg. Inse B e z i r k s v e r s a m m l u n g fand am
 14. August in Blankenburg statt. Über 85 Kollegen
 konnte Bezirksleiter K l e i n e r den Referenten, Kollegen
 Höhn e vom Verbandssprecher, und Gauvorsitzer König
 begrüßen. Mit einigen gut zu Gehör gebrachten Chören,
 vorgetragen durch die Arbeiter-Vierertafel Blanken-
 burg, wurde die Versammlung eingeleitet. Vor Eintritt in
 die Tagesordnung wurde das Ableben der im letzten Jahr
 verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Nach den
 Berichten aus den Druckereien des Bezirks, aus denen all-
 gemein die Lage großer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit
 hervortrat, in tatsächlicher Beziehung aber alles als in Or-
 dung gesehelt wurde, referierte Kollege Höhn e über
 das Thema „Gewerkschaftliche Zeitfragen“. Der Referent
 nahm den Verlauf der letzten Reichstagswahlen zum Aus-
 gangspunkt seiner Darlegungen. Trotz aller Mahnungen
 der Verantwortlichen im Volk haben sich große Teile der Ar-
 beiterpartei einer Partei verschrieben, die alles anders als
 eine Arbeiterpartei ist, die die reaktionäre Regierung
 Papen im Sattel hatte. Was der Arbeiterpartei und beson-
 ders den Gewerkschaften unter dem Regime der sogenannten
 aufbauenden Kräfte der Nation bevorstehe und welche
 Stellung dazu einzunehmen ist, zeigte der Referent in
 klarer Weise auf. Im Zusammenhang mit diesen all-
 gemeinen Fragen wurden auch die beruflichen Dinge be-
 rührt, wie sie sich zur Zeit gestaltet haben. Auf eine
 gewaltige Kraftprobe wurde die Arbeiterpartei heute ge-
 stellt; es sei bedauerlich, daß die Zerplitterung in der
 Arbeiterpartei der Reaktion erst die Wege gebnet und die
 heutigen Zustände erst ermöglicht habe. Und trotzdem wer-
 den den Bestrebungen der Arbeiter auf engeren Zusam-
 menschluss immer wieder Schwierigkeiten in den Weg
 gelegt. Mit einem eindringlichen Appell, trotz aller Wider-
 wärtigkeiten das Vertrauen in den Gewerkschaften, dem
 einzigen Bollwerk der Arbeiterpartei, nicht zu verlieren
 und sich fester zum Widerstand gegen die Feinde der
 Arbeiter zusammenzuschließen, schloß der Referent seine
 Ausführungen. Kollege K ö n i g appellierte anschließend an
 die Kollegen, den Schlussworten des Referenten die
 größte Beachtung beizumessen, da es in den kommenden
 wirtschaftlichen Kämpfen auf die Solidarität und Ge-
 schlossenheit der Arbeiterpartei mehr denn je ankomme.
 Die nächste Bezirksversammlung soll am Quart. August-
 burg abgehalten werden. — Ein Spaziergang in die Um-
 gebung Blankenburgs schloß sich an.

Stuttgart. Eine Versammlung „ohne Trinzwang“
 bei über 40 Grad Celsius in der Sonne und 32 Grad im
 Schatten zustande zu bringen, will allerhand heißen.
 Wenn eine solche noch zum guten Besuch anweist,
 wie die unsre am 17. August, so verdient es unein-
 geschränktes Lob. Die Eisernen Front der hiesigen Buch-
 drucker hielt an diesem Tag ihre erste V e r s a m m l u n g
 ab mit Wahl der Führer, Unterführer und Einteilung der
 Betriebe in drei Hammergruppen. Es ist eine stattliche
 Zahl von Kameraden, die sich zum Schutz der heutigen
 Verfassung in die Listen eintragen ließen. Kollege K l e i n
 gab seiner Freude Ausdruck über diese glänzende Betei-
 lung und ebenso über jene beim Aufmarsch der Gewerks-
 schaften und Eisernen Front vor der Wahl in der „Stadt-
 halle“. Wir waren eine der stärksten Gruppen. Solange
 dieser Geist in unseren Reihen herrscht, braucht es uns um
 die Verteilung unserer Grundrechte, der Tarifverträge,
 nicht hange zu sein. Herr Amtsrat Dr. B a u e r erhebt
 nun das Wort zu einem Vortrag über das Thema „Die
 Ziele der Eisernen Front nach der Wahl“. Mit dem Ruf
 „Freiheit“ leitete er diesen ein. Es bedeutet ein glänzen-
 des Ergebnis für die SPD, mit 133 Abgeordneten aus
 diesem mit unerhittlicher Schärfe und nicht nur „ritteri-
 ch“ geführten Wahlkampf hervorgegangen. Nach all den
 Vorgängen, die die SPD, gewohnheitsmäßig auf sich
 nehmen mußte, wie Brünningförierung, Hindenburg-
 wahl, Notverordnungsmassnahmen und -elend, wären
 andre Parteien nicht solch einen disziplinierten
 Wählermassen einfach zermalmt worden. Daß Schwem-
 mland zu radikal sich gebärdenden Parteien angetrieben
 wurde, ist erträglich. Dieser Vorgang wird sich noch oft
 wiederholen, bis unselbständig denkende Wähler durch den
 Gang der kommenden Ereignisse einsehen lernen, daß
 radikale Theorie und praktische Auswirkung zwei grund-
 verschiebene Dinge sind. Ja, radikal: theoretische Auf-
 fassung gelingt bei schwachen Charakteren den
 rechten und linken Fingelparteiern viel leichter, als ihre
 Kreise zur praktischen Überlegung und zur Mitarbeit
 heranzubringen. So wird es bei den 37prozentigen
 Wählermassen der Nationalen vor sich gehen. Wenn diese
 „Ausharberter“-Partei mit ihrer radikalen Forderung der
 „Alle Macht für Hitler“, also unbeschränkte Vollmacht
 über König und Kaiser, über Fürsten, Grafen und Frei-
 herren, über Bank- und Industriekapital, über Gewerbe
 und Handel, über Bauer und Bettler nicht durchdränge,
 komme die Einsicht und Umkehr der Verblendeten schlag-
 artig. Es werde zum Heulen und Zähneklappen bei den
 Führern jener Verführten kommen. Wer seine Anhänger
 zu blindem Haß gegen alle Andersdenkenden, und das
 sind 63 Proz. gegen 37 Proz., aufstacheln und aufpöbeln,
 muß unterliegen. Wir leben in Deutschland und haben
 durch Italien Anschauungsunterricht genossen. Was
 Adolf Hitler, der eingebeulte Braunauer, tolerierte und
 forderte, Abrechnung mit dem „System“, kommt unaus-
 weislich über ihn und seinen Generalfstab, nach den unab-

änderlichen Gesetzen und Logik. Die neuesten Vorgänge
 innerhalb der SA- und SS-Formationen mit dem blüh-
 lichsten „Mraufserlag“ des Berliner Gauverbands
 u. Hellborn, der seine „helle Haufen“ am liebsten dort
 hätte, wo der „arme“ Adolf seine Bonzenferien verbringt,
 in den bayerischen Bergen und am oder im Königsee ober-
 gar dort, wo der Pfeffer wächst, zeigen die Verwundungs-
 merkmale dieser Partei. Es klinkt. Den Führern glückt die
 Leine aus den Händen, die Fingel schleifen; selbst mit
 scharfer Raubare und Madrigal kann das Boden und die
 Abwehrverleugung der letzter hoch zu Ross stehenden nicht
 mehr aufgehalten werden. Selbstverleugend wirft sich
 Hitler demagogie aus. Der 31. Juli war der Tag, an
 dem sich das Schicksal der NSDAP. erfüllte. Die früher
 aufsteigende Bewegung kam zum Stillstand; in vielen
 Kreisen mit fettergeiger absoluter Mehrheit zum Abstieg.
 Der saule Zauber ist gebrochen. Auf parlamentarischem
 Weg kommt die Hitlerbewegung legal nicht mehr zum
 Ziel. Der Führer wollte den Putsch, wollte die Revolution
 von oben. Auf dieser Weg ist verarmt. Sein Harz-
 burger Mitspieler Hugenberg ist ihm eine Katenlänge
 voraus. Mit dem Gedank und 8 Proz. Wählern setzte er
 Wolfen matt. Der Weitegeier umkreist feere Naziälten.
 Hugenberg hat verstanden, durch Rabalen und gemeinliche
 Liebe mit „seinem“ Idelskabinet schon vor der Wahl,
 schon vor der juggedierten Auflösung des Reichstags, auf
 „vier Jahre“ die Hitlerpartei lahmzulegen. So oratelte
 v. Scheicher, so ähnlich predigt v. Papen von „auf lange“
 Zeit. Will der düpierte Adolf trotzdem noch legal auf
 parlamentarischem Weg zum Ziel kommen, muß er dem
 Zentrum aus der Hand freisen, muß lernen, daß, wer
 Haß ist, Verunglimpfungen und Spott ausstreut, mit
 der gleichen Ernte bedacht wird. Sehen seine Wähler-
 massen, zu was ihre Stimme mißbraucht wurde, wie die
 Führung treulässig schachtet, um auch nur Bruchteile
 des Verprochenen wahrzumachen, dann kommt es ohne
 äußere Einwirkung zum Explodieren des Pulverfasses.
 Die Gobbels, Strassers, Röhm, Göring und wie sie alle
 heißen mögen, ernten dann gerechten Lohn. Also der
 „legale“ Weg ist verbaud, der „illegale“ aber verjant.
 v. Scheicher will den „inneren Schweinehund“ selbstver-
 ständlich genau so behandeln, wie dieser es verdient. Eine
 Verfassungsänderung mit Änderung des derzeitigen
 Wahlrechts brächte noch tieferer den Niedergang der
 NSDAP. Regieren ohne Reichstag kann der Reichs-
 präsident durch Treuhänder auf die Weimarer Verfassung
 für die Dauer nicht zulassen. Regieren mit dem Reichstag
 und mit der gettenen Mitgliederhandhabung dürfte
 v. Papen kaum vier Jahre gelingen. Ihm wird beim
 Zutritt ziemlich einmütig bestätigt werden, daß er
 zur Zeit kein Vertrauen erwecken kann. Die Schutz-
 frage des Referenten lautete: Was bleibt uns zu tun
 übrig? Seine Antwort: Die Eisernen Front enmaglich
 über das ganze Reich ausbreiten. Wir haben die Betriebe
 in der Hand. Das ist unsere Stärke. Wenn diese Stärke von
 der NSD. und NSD. zum Erlahmen und Erliegen ge-
 bracht werden soll, wird diesen beiden der Lohn und Dank
 nur zu reichlich und zu exemplarisch aus ihren eignen
 verführten Reihen werden. Angefaßt darf niemand Ver-
 brechen an den „Zielen“ und „Zwecken der Schaffenden“
 begehen. Reicher Beifall und Dankesworte das Vorstehen-
 den folgten den treffenden Ausführungen. Eine besondere
 Bitte des Kollegen K l e i n : „Tragt das Abzeichen der
 Eisernen Front, wo ihr geht und wo ihr steht, tretet ein
 in die Eisernen Front, die ihr noch fernsteht!“, wird sicher
 Gehör finden. Mit dem Gruß „Freiheit“ schloß er diese
 denkwürdige Versammlung. Spontan erkundete das Lied
 „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ aus der Versamm-
 lungsmitt. Es war eine erhebende Tat. Keine Aus-
 einandernehmung über Tarif- und Lohnfragen, keine Klagen
 über die schlechtesten aller Zeiten. Einig, aus einem Guss
 war die Stimmung der Kollegenpartei. Es herrschten
 Kameradschaftsgefühl und Kampfeswitz wie selten zuvor.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkerkammer Straß-
 legte der Seherkollege M a g B o r g w a r d t aus Pubus
 (Wagen) die Meisterprüfung ab.

Gefinnungsschniffelerei. Die „Buchdruckerwoche“ brachte in
 ihrer Nummer vom 24. August ein zweispaltiges Inserat,
 durch das n a t i o n a l g e s i n n t e Handwerker, Maschinen-
 seher, Runds- und Flachdrucker (Nichtverbändler) in dau-
 ernde Stellung gesucht wurden. Der Wortlaut dieses In-
 serats einer uns sehr wohl bekannten Firma, deren In-
 haber sich in ihrem Nationalismus förmlich überheben,
 verstößt in so großräumiger Art gegen den im Deutschen
 Buchdruckeramt und auch in der Reichsverfassung fest-
 gelegten Neutralitätsbegriff in arbeitsrechtlicher Be-
 ziehung, daß die Aufnahme des Inserats in der „Buch-
 druckerwoche“ als eine höchst bedauerliche gewerbliche Ent-
 scheidung beurteilt werden muß. Kein ernst zu nehmendes
 Fachblatt, das auf Wohlstandigkeit Wert legt, sollte
 durch indirekte Förderung der Gefinnungsschniffelerei zur
 Existenzgefährdung andersgestimmter Arbeiter oder Ange-
 stellter beitragen. Die Beschäftigung eines Buchdrucker-
 geschiffen, der dem Prinzipal doch lediglich seine Arbeits-
 kraft verkauft, von einer bestimmten politischen Gefinnung
 oder religiösen Anschauung abhängig machen zu wollen,
 ist und bleibt grober Anflug!

Vom Zeitungstrettschmaus. Am 30. August hat der
 Berliner Polizeipräsident das Zentralorgan der SPD,
 den „Vorwärts“, mit sofortiger Wirkung bis zum
 2. September verboten. Das Verbot erfolgte, weil der
 „Vorwärts“ das Programm des Reichstagslers Papen als
 ein „Programm des Verfassungsbruchs“ bezeichnet hatte. —
 Der „D a n z i g e r A l l g e m e i n e n Z e i t u n g“ wurde
 laut polnischer Verordnung für die Dauer von zwei Jahren
 in das Verbotswaffen Kammerellen, Hofen und Schloßen
 das Verbot entgegen. Das gleiche Verbot ist vor kurzem
 über die „Danziger Neuesten Nachrichten“ verhängt
 worden.

Von der siebenten Großmacht. Nach den neuen Er-
 hebungen gibt es in Deutschland 4703 Tageszeitungen.
 Ihre Auflage bewegt sich zwischen 55 und 559 000. Mit einer
 Auflage von über 100 000 Exemplaren gibt es 23 Zeitun-
 gen. Die Mehrzahl der Zeitungen hat eine Auflage unter
 10 000. Es ist bezeichnend, daß sich 43 Proz. aller Zeitungen

als parteiflos bekennen. 22 Proz. sind echte Parteizeitungen,
 26 Proz. Richtungszeitungen und bei 9 Proz. fehlen die
 Angaben. Von den als politisch nachgewiesenen Zeitungen
 gehören 28 Proz. nach rechts, 13 Proz. zur Mitte und
 8 Proz. nach links. Die SPD. ist mit 135 Zeitungen, das
 Zentrum und die Bayerische Volkspartei sind mit 600 Zeitun-
 gen vertreten. Im Jahre 1931 gab es bereits 120 nation-
 alsozialistische Blätter. Diese Zahl wird bis jetzt noch
 zugenommen haben. Käst man die hier mitgeteilten
 Ziffern auf sich wirken, so kommt man zu der Überzeugung,
 daß die Macht der Presse in Deutschland überwiegend vom
 Bürgertum ausgeht wird. Da die Zeitungen die öffent-
 liche Meinung machen, kann man sich ungefähr vorstellen,
 wie sich diese einseitige Handhabung des deutschen
 Zeitungsapparats auf Politik und Wirtschaft auswirkt.

Weiterer Rückgang der deutschen Buchproduktion. Zur
 liegen bereits die Ausgäben und katifischen Berech-
 nungen über die deutsche Buchproduktion im ersten Halb-
 jahr 1932 vor. Registriert wurden in der von der Deutschen
 Bibliographie in Leipzig bearbeiteten Deutschen National-
 bibliographie 10 836 Neuerwerbungen. Davon waren
 8882 Erst- und 1767 Neuauflagen. Im ganzen Jahr 1931
 erschienen 24 072, im Jahr 1932, das den höchsten Pro-
 duktionsstand nach dem Krieg aufwies, waren es rund
 31 000 Einheiten. Der Rückgang ist also ganz erheblich. Von
 der Halbjahrsproduktion 1932 wurden 4511 Druckdrucken
 in Fraktur, 6092 in Antiqua und 33 in andern Schrift-
 zeichen gedruckt. Die Antiqua dringt demnach weiter vor.
 Von den Neuerwerbungen waren 188 Flugblätter im Um-
 fang von 1 bis 4 Seiten, 3098 Broschüren von 5 bis
 48 Seiten und 7350 Bücher mit mehr als 48 Seiten. Der
 Durchschnittspreis, der 1931 noch 6,12 M. betragen hatte,
 sank im ersten Halbjahr nach der im Buchhandel erst im
 Januar wirksam gewordenen Preisentwertungsvorordnung
 auf 5,48 M. Im Juni betrug der Durchschnittspreis nur
 4,89 M. Bei der Schönwetterzeit (Weltkrisis), die der
 Titelfahrt nach weitaus an erster Stelle kommt, wurde ein
 Durchschnittspreis von 2,60 M. (1931: 3,07 M.) ermittelt.
 Nach dem Urteil des Deutschen Bibliothekartages, der zu
 Pfingsten in Jena statgefunden hat, ist die wissenschaft-
 liche Literatur, besonders die medizinische, noch viel zu
 teuer. Der Gesamtpreis für je ein Exemplar der
 10 072 in Reichswährung herausgegebenen Bände der
 Halbjahrsproduktion wurde mit 55 160,87 M. errechnet.
 Die Zahlen, die wir hier angeben haben, erlauben nicht
 die sichere Folgerung, daß es jetzt dem ganzen Buchhandel
 schlecht geht. So hat z. B. die Mittele W. im Geschäftsjahr
 1931 nach Abschreibungen von 2,38 Mill. M. (1931:
 1,43 Mill. M.) den immerhin noch recht ansehnlichen Reingeh-
 ren von 665 172 M. (1931: 1,96 Mill. M.) erzielt. Im
 großen und ganzen scheint aber der Buchhandel gegen-
 wärtig nicht auf Rosen gebettet zu sein. Der Absatzrückgang
 ist erheblich und die Ausfuhr geht auch nicht unbedeutend
 zurück. Der Buchhandel ist zum großen Teil selber Schuld an
 seinem wahrscheinlich nur zeitweisen Niedergang.
 Gerade die Unternehmer dieses Berufszweiges waren es,
 die bei jeglicher Gelegenheit wegen der angeblich zu hohen
 Löhne und Gehälter geschrien haben und den Abbau ver-
 langten. Was ist daraus geworden? Der zurückstolze
 Lohnraub kam in allen Erwerbszweigen. Da verkleinerte
 nun künstlich der Verband der Sächsischen Buchhändler im
 „Vorbericht für den deutschen Buchhandel“, daß an der
 Rücklage des Buchhandels der Gehaltsabbau die Wurzel
 alles Übels sei. Außerdem wettete er gegen den amtlich
 notverordneten Kulturabbau, der sich auf den Buchhandel
 sehr schädlich auswirkt. Die Etats der öffentlichen wissen-
 schaftlichen Bibliotheken, der Volksbüchereien, der Be-
 hörendenbibliotheken, der Bildungs- und Lehranstalten, der
 Kunstinstitute usw. wurden tatsächlich bis auf die Hälfte
 und vereinzelt sogar bis auf ein Viertel verkleinert. Neuan-
 schaffungen von Büchern sind den meisten dieser Institute
 nicht mehr möglich. Der Volkskultur werden dadurch
 schwere Wunden geschlagen. Wenn nun die aufrichtigen
 Förderer und Hüter des Geisteslebens auf der ganzen
 Linie den Ruf erkönen lassen, daß die Kultur vor dem
 Verfall gerettet werden müsse, so können wir dem nur beipflichten.
 Auch wir werden den Kampf gegen die soziale,
 wirtschaftliche und kulturelle Reaktion mit noch größerer
 Schärfe als je zuvor zu führen wissen, ohne daß nur
 materielle Gründe dafür ausschlaggebend sind.

Schiedspruch für die papierverarbeitende Industrie.
 Wie wir in Nr. 69 mitteilten, sieben die am 18. August in
 Berlin geführten Verhandlungen mit dem Arbeit-
 geberverband der papierverarbeitenden Industrien um
 die Erneuerung des Mantelarbeitersvertrags und des Lohn-
 tarifs ergebnislos. Unter Berufung auf eine Bestimmung
 des Mantelarbeitersvertrags, die die vertragsschließenden
 Parteien verpflichtet, alle zur Schlichtung von Streitigkeiten
 vorgesehenen tariflichen oder geschäftlichen Instanzen anzu-
 rufen, ehe Weiterungen eintreten, kamen die Parteien
 überein, das Reichsarbeitsministerium um die Einlegung
 eines Schlichtungsausschusses zu ersuchen. Das ist inzwischen
 geschehen. Es wurde ein Schiedspruch gefällig, der im
 wesentlichen folgende Neuregelung vorlegt: Der Reichs-
 lohnstarif wird unverändert verlängert, und zwar immer
 an 1. und 16. jeden Monats kündigt für einen Monat.
 Im Reichsmantelarbeitertarif wird die Ferienstufe in der Spitze
 gekürzt. Nach zehn Jahren werden nicht mehr neun, sondern
 nur sieben Tage Urlaub gewährt. Die Auszahlung der
 Ferientage erfolgt für die Tarifperiode mit 75 Proz. Statt
 sieben werden künftig nur vier Ferientage bezahlt. Die
 Ferientagsbezahlung erhält der Arbeitnehmer aber erst
 dann, wenn er ein Jahr im Betrieb beschäftigt ist. Die
 Lohnpunkte, die im Mantelverbot für die Frauen veran-
 tert ist, hat nicht mehr Gültigkeit für die Dauer des
 Mantelverbotes, sondern nur für die Dauer des Lohn-
 tarifs. Darüber hinaus bringt der Spruch noch eine Reihe
 von Abänderungen zumgunsten der Arbeitnehmer. Die an
 dem Vertrag beteiligten Gewerkschaften dürften, wie wir
 hören, diesen Schiedspruch kaum annehmen.

Über den Metallarbeiterverbandstag. Die größte Ge-
 werkschaft des RWG, der Deutsche Metallarbeiter-
 verband, hielt seinen ordentlichen Verbandstag kürzlich in
 Dortmund ab. In seiner Eröffnungsrede betonte zweiter
 Vorsitzender Reichel, daß der Verband nach 40jähriger
 Aufbaubarbeit 279 Mill. M. für Unterstützungszwecke aus-
 gegeben hat. In dieser Zeit sei der deutsche Arbeiter durch
 die Tätigkeit der Gewerkschaften vom ehemaligen Fabrik-
 slaven zum Staatsbürger emporgestiegen. Die überaus

